

Dessau-Roßlau, im Juli 2007

**Ergebnisse des Fachgesprächs
"Umwelt und Gerechtigkeit"**
(Berlin, 30. und 31. Oktober 2006)

(Bearbeiter: Michael Wehrspaun, Fachgebiet I 2.2)

1 Zum Projektkontext

Das Fachgespräch fand statt im Rahmen des Forschungsprojektes: "Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland".¹ Das zentrale Ziel dieses Projektes war es, eine verbesserte Berücksichtigung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen in der Sozialberichterstattung anzubahnen. Darüber hinaus sollte das Projekt zur Etablierung des Konzeptes der ökologischen Gerechtigkeit in der (Fach-) Öffentlichkeit beitragen. Dabei geht es darum, die Versorgung mit sog. "Kollektivgütern" (städtische Lebensqualität, öffentliche Sicherheit, saubere und gesunde Umwelt usw.) im öffentlichen Bewusstsein als Wohlstands- und Wohlfahrtsgewinne zu verankern.

Mit der Tagung sollte ein diesbezüglicher Dialog zwischen den Akteurinnen und Akteuren aus Sozial- und Umweltpolitik initiiert werden, um den (möglichen) Beitrag der Umweltpolitik zu sozialer Integration und Armutsbekämpfung besser aufzeigen, aber auch die Zielallianzen sowie Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Sozialpolitik klarer benennen zu können.

¹ Auftragnehmer des Projektes waren das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) sowie die GP Forschungsgruppe, München. Letztgenannte war zuständig für die Organisation und Moderation des Fachgesprächs. Das WI führte zunächst (im Mai 2005) einen Vorbereitungsworkshop durch und erstellte anschließend eine (in drei Teilstudien aufgeteilte, der Vorbereitung des Fachgesprächs dienende) Sondierungsstudie, welche - wie andere vorläufige Projektergebnisse - zeitnah zum Fachgespräch veröffentlicht wurde unter www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/oekologische-gerechtigkeit.htm.

2 Ablauf des Fachgesprächs

In seiner Rede unter dem Titel "Umweltpolitik als innovative Gesellschaftspolitik" führte Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im BMU, in die Tagungsthematik ein. Dabei betonte er, dass die sozialen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umweltpolitik (Schaffung eines geeigneten sozialen Klimas, Verankerung im realen Alltagsleben der Menschen) bislang viel zu wenig thematisiert würden. Dabei entstehe die Gefahr, dass die sozial schwächeren Schichten Umweltfragen als typisches Mittelschichtanliegen ansehen und teilweise ablehnen, weil sie befürchten, mit diesem Thema würden die bislang bestehenden sozialen Ausgleichsmechanismen (hohe Wachstumsraten und wohlfahrtsstaatliche Umverteilungsmaßnahmen) ausgehöhlt.

Es fehle heute ein integratives Modell, welches Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander zu verbinden vermöchte. Dabei gelte es besonders der Abwertung der öffentlichen Güter entgegen zu treten, wie sie im Kontext der heute sehr einflussreichen Kurzfristökonomie vorherrsche. Ein recht verstandenes Konzept der ökologischen Gerechtigkeit solle vor allem dazu beitragen.²

Der Hauptteil der Veranstaltung bestand aus fünf moderierten Diskussionsrunden ("Dialoge"). Referentinnen und Referenten auf dem Podium leiteten diese mittels kurzer Statements ein. Bei jeder Runde waren auf dem Podium einerseits Akteure aus dem Bereich Sozialpolitik vertreten (inkl. Gewerkschaftsvertreter, Sozialforscher, auf diesen Bereich spezialisierte Journalisten, Experten aus Sozialberichterstattung usw.) und andererseits solche aus den Bereichen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Im Publikum hatte allerdings der letztgenannte Bereich ein klares Übergewicht. Da eine sehr engagierte Diskussion mit reger Beteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Publikum stattfand, führte dieses Ungleichgewicht dazu, dass das Fachgespräch insgesamt als Veranstaltung der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, die sich auf die Suche nach ihren Öffnungsmöglichkeiten im Hinblick auf Sozial- und Gesellschaftspolitik begeben hat, gewürdigt werden muss.

Eine die Tagung zusammenfassende und abschließende Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Akteure (Kirchen, Gewerkschaften, Wissenschaft, Umweltverbände) war der gemeinsamen Herausarbeitung von Schlussfolgerungen und möglichen weiteren Schritten gewidmet.³

3 Ergebnisse der Fachdialoge

² www.bmu.bund.de/reden/parl_staatssekretaer_michael_mueller/doc/print/38451.php

³ Details über die Veranstaltung (Informationen über Referenten, Teilnehmerliste usw.) werden im Abschlussbericht der Auftragnehmer des Projektes dokumentiert, welcher über die Fachbibliothek des Umweltbundesamtes ausgeliehen werden kann (www.umweltbundesamt.de/uba-info/d-fabib.htm)

Dialog 1: Wie (un-)sozial ist die Umweltpolitik?

Hintergrund war die Beobachtung, dass zunehmend auch in Deutschland große Teile der Bevölkerung dazu neigen manche umweltpolitischen Maßnahmen generell als "ungerecht" zu beurteilen. In den regelmäßigen BMU/UBA - Repräsentativumfragen zum "Umweltbewusstsein in Deutschland" zeigt sich das z. B. im Hinblick auf ökologisch motivierte Steuern sehr deutlich.

Der Vertreter der Wirtschaft auf dem Podium zu diesem Dialog brachte dazu das Argument vor, dass der (falsche, aber in der Tat verbreitete) Eindruck einer ungerechten Umweltpolitik im Wesentlichen als ein Kommunikationsproblem zu sehen sei. Folglich gelte es zukünftig vor allem besser deutlich zu machen, dass die deutsche Wirtschaft die ökologische Herausforderung längst erfolgreich aufgenommen habe, und das aus wohlverstandenen Eigeninteresse sowie mit ökonomischem Erfolg (z. B. Deutschland als Exportweltmeister bei Umwelttechnik).

Dieser Lagebeurteilung wurde allerdings von Teilen des Publikums heftig widersprochen: Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte würden das pure Gegenteil belegen. Die Wirtschaft habe sich fast immer gegen einschlägige Innovationen gewehrt, und v. a. die Selbstverpflichtungen seien in der Regel "reine Kosmetik". An das UBA erging dabei die Anregung, eine diesbezügliche Bestandsaufnahme erstellen zu lassen.

Aus Sicht des Sozialbereiches wies dessen Vertreter auf dem Podium darauf hin, dass die privaten Haushalte sowohl eine "Opfer"- als auch eine "Täter"-Rolle innehaben, was die heute herrschenden Konsummuster betrifft. Dieser latenten Widersprüchlichkeit seien sich die Menschen im Grunde durchaus auch bewusst - nur werde vom Umweltbereich (noch immer) viel zu wenig die sehr hohe kulturelle Dynamik der Gegenwartsgesellschaften berücksichtigt (Stichwort: soziale und kulturelle Anpassungsnotwendigkeiten an Globalisierungsfolgen). Daher sei das Fortbestehen wenig umweltschonender Verhaltensweisen trotz des verbreiteten hohen Umweltbewusstseins gar nicht so verwunderlich.

Resümee: Allgemeine Zustimmung fand die These, dass die Umweltpolitik sich zukünftig vermehrt auch als präventive Sozial- und Gesellschaftspolitik verstehen und orientieren müsse, um sich nicht selber die öffentliche Akzeptanz zu zerstören. Sehr positiv aufgenommen wurden auch die Anregungen in Richtung einer - an der Stärkung individueller Verantwortlichkeit ausgerichteten - Erneuerung umweltpolitischer Instrumente, z. B. die Zuteilung individualisierter und handelbarer Umweltbelastungs-Budgets. Es bestand Einigkeit, dass solche Innovationen, die auch sozial- und gesellschaftspolitisch zu Erneuerungen führen (müssen), die weitere Diskussion bestimmen sollten.

Dialog 2: Welche Rolle kann ein Konzept wie ökologische Fairness bei der Kommunikation umwelt- und sozialpolitischer Themen spielen?

Eine von journalistischer Seite in diesem Dialog vorgebrachte provokative These ergab eine sehr rege Diskussion: Armut (wie das früher zu verstehen war) gebe es in Deutschland längst nicht mehr – obwohl in großen Teilen der öffentlichen Debatte (und besonders in der Sozialwissenschaft) weiterhin einschlägige Klischees gepflegt würden. Übersehen oder gar verdrängt werde dabei das eigentliche Problem unserer Zeit, nämlich eine massive "Bildungsarmut". Vor allem diese führe zu massivem Fehlverhalten: Gerade das, was als typisches "Unterschichtverhalten" gelten könne: nämlich viel Rauchen, (pseudobillige) Fehlernährung und die stets neueste Unterhaltungselektronik sei letztlich deutlich teurer als eine vernünftige Lebensweise. Schuld daran sei nicht zuletzt eine rein ökonomistisch ausgerichtete Sozialpolitik, welche über Jahrzehnte einfach Geld verteilt und so gerade in Deutschland einen gleichzeitig extrem teuren und extrem ineffizienten (und teilweise sogar kontraproduktiven) Wohlfahrtsstaat geschaffen habe.

Obwohl in diesen Thesen zumindest latente Ansatzpunkte für ein Umdenken in Richtung ökologischer Gerechtigkeit liegen (im Sinne von: umso wichtiger ist doch die Umorientierung zur Förderung des öffentlichen Wohlstands statt privater Kaufkrafteerhöhungen), heizten sich die Diskussionen zunächst einmal an der Frage auf, ob diese Einschätzung nicht einfach nur auf völligen Überspitzungen beruhe. Dabei kam es zu scharfen Konfrontationen zwischen den Standpunkten, welche im Verlaufe der Diskussion nicht ausgeräumt werden konnten.

Zusätzlich war bei diesem Dialog bemerkenswert, dass die Vertreter des Journalismus sehr starke Abgrenzungsbestrebungen im Hinblick auf leitbildorientierte Diskussionen zu erkennen gaben. Man müsse und wolle an dem essentiellen Journalistenethos festhalten, dem gemäß man sich von keiner Sache vereinnahmen lassen darf, auch von keiner guten! Außerdem würden Nachhaltigkeitsthemen in den Redaktionen als sehr uninteressant und sehr schwer vermittelbar gelten.

Resümee: Der Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation ist es anscheinend bislang noch sehr wenig gelungen deutlich zu machen, dass die gemeinsame Verpflichtung auf "Leitbilder" der Zukunftsgestaltung nicht als Versuch der Funktionalisierung von kritischer Öffentlichkeit verstanden werden darf, sondern als ein Angebot gemeint ist, die Politik an von ihr selbst gesetzten Maßstäben zu messen.

Dialog 3: Wie lassen sich in der Praxis Umweltschutz und Sozialpolitik miteinander verbinden?

Über die Möglichkeiten in der Praxis eine bessere Verbindung zwischen Umwelt-/Nachhaltigkeitspolitik sowie Sozial- und Gesellschaftspolitik zu erreichen wurde im Hinblick darauf diskutiert, wie solche Verbindungslinien in die zentralen Berichtssysteme - und die dahinter stehenden politischen Programmatiken - aufgenommen werden könnten. Speziell im Fokus standen dabei die Fortschreibungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Fortschrittsberichte) sowie die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung.

Es ergab sich schnell Einigkeit dahingehend, dass formalisierte "Impact Assessment Prozesse" nicht anzustreben seien. Denn die Gefahr bei einer solchen Formalisierung - so der allgemeine Konsens in diesem Dialog - liege darin, dass sie zu rein bürokratischen Vorgehensweisen führe und damit eine inhaltliche Entleerung stattefinde. Im Hinblick auf die beiden im Dialog zentral thematisierten Berichts- und Indikatorensysteme sei nun mal von der Tatsache auszugehen, dass ganz verschiedene Fragestellungen und Problembereiche den jeweiligen Ausgangspunkt bildeten.

Bezüglich der Nachhaltigkeitsberichterstattung wurde betont, dass es bereits als ein großer Erfolg zu werten sei, wenn nun das Thema "Demographischer Wandel" mit auf der Tagesordnung stehe. Für die nächste Zeit zu erwarten sei überdies eine Wiederaufnahme der mittlerweile in den Hintergrund getretenen Diskussion um das "Bruttosozialprodukt als Wohlstandsmaß". Es werde wohl darum gehen, zusätzliche Nachhaltigkeitsindikatoren als Ergänzungen zu etablieren.

Resümee: Dieser Dialog zeigte sehr deutlich die Schwierigkeiten des Aufeinanderzugehens. Dafür wurden von allen Beteiligten die heute herrschenden Ressortlogiken als zentrale Ursache benannt, die integrative Vorgehensweisen erheblich erschwerten wenn nicht verunmöglichten. Dabei ergab sich allerdings der Eindruck, dass diese hemmenden Umstände im Bereich Umwelt / Nachhaltigkeit deutlich stärker als Problem gesehen werden.

Im Verlaufe der Diskussion zeigten sich dann aber doch mehr und mehr Anknüpfungspunkte für mögliche Brückenschläge zwischen den verschiedenen Berichtssystemen: So wurde z. B. festgestellt, dass diverse Indikatoren (sowie die von ihnen abgebildete Problem- und Chancensituation, wie etwa in Bezug auf Bildung oder soziale Stadtgestaltung) im Grunde in beiden Berichtssystemen mit zentraler Bedeutung vorkommen. Denkbar wäre also doch, dass diese parallelen Verwendungsweisen integrativ angegangen würden und zukünftig das eine System die Ausgangspunkte/Ergebnisse des anderen nutzt – oder immerhin systematischer beachtet.

Dialog 4: Wie können im kommunalen Bereich Umwelt- und Sozialressorts besser kooperieren?

Überraschend - gemäß der Erfahrungen bei den vorangegangenen Diskussionen, vor allem beim dritten Dialog - war hier zunächst, dass zwischen den Vertretern der kommunalen Ebene auf dem Podium eine völlige Einigkeit bestand: Ein integratives Denken und Vorgehen sei eine absolute Notwendigkeit und in der kommunalen Praxis eine Selbstverständlichkeit. Dabei könne es im Übrigen keineswegs nur um die Zusammenhänge zwischen den Bereichen Umwelt und Soziales gehen, sondern wesentlich seien ganz allgemein die Zusammenhänge mit Kultur und Stadtentwicklung sowie Tourismusförderung. Man bemühe sich daher auch um die Orientierung an "Kontextindikatoren", die aber nicht in formalisierten Systemen vorliegen müssen. Grundsätzlich sei das Denken gemäß Ressortlogik absolut schädlich - man müsse immer an die jeweiligen Betroffenen und Nutznießer zu denken versuchen.

Bei Kommunikationsmaßnahmen - z. B. Bemühungen zum Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in jeweilige (Stadtentwicklungs-)Strategien - würden zwar immer nur Minderheiten erreicht, aber das sei real kein wirkliches Problem. Funktionieren müsse vor allem die Vernetzung zwischen Engagementbereiten. Dann werde schnell sichtbar, dass heute in Wirklichkeit viel größere Potenziale für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vorhanden sind als üblicherweise - in den "Ressorts" - unterstellt wird.

Resümee: Bei der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde dann aber doch deutlich, dass auch auf der konkreten Ebene im kommunalen Bereich erhebliche Schwierigkeiten bei einem integrativen Vorgehen entstehen können - und in der Praxis auch häufig entstehen. Die einschlägigen Probleme ergeben sich typischerweise dann, wenn es um mehr gehen soll als die Bekämpfung ganz konkreter Einzelprobleme (akute Störfälle, punktuelle Grenzwertüberschreitungen usw.): Methoden zur Messung und Bewertung von Umweltqualität in einem generellen Sinne, die dann mit Einschätzungen von Lebensqualität verbunden werden könnten, seien noch nicht wirklich entwickelt, würden aber im Prinzip sehr gerne übernommen und im konkreten Kommunalbereich getestet.

Dialog 5: Wie lassen sich Sozial- und Umweltberichterstattung miteinander verknüpfen?

In diesem Dialog ging es um den Kern des dem Fachgespräch zugrunde liegenden Forschungsprojektes, nämlich die Entwicklung eines Konzeptes von "Ökologischer Gerechtigkeit", welches fruchtbare Brückenschläge zwischen den relevanten Berichtssystemen erlaubt.

Dazu war im Projekt ein "Vorverständnis" von Ökologischer Gerechtigkeit (ÖG) erarbeitet worden, das im Vorlauf des Fachgesprächs in der Kurzform eines "Konzeptpapiers" bereits an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer versandt und im UBA-Internet-Angebot veröffentlicht worden war. Gemäß besagtem Vorverständnis ist die "Externalisierung von Verantwortung" als "ökologisch un-

gerecht" zu bezeichnen. Diese liegt dann vor, wenn durch Umweltbelastungen andere Menschen gegen deren Willen in ihren angemessenen Teilhabe- und Selbstentfaltungschancen behindert werden⁴. In (umwelt-) ökonomischer Sicht geht es folglich beim Mangel an ÖG um eine Abwälzung von Kosten. Umfassender gesehen handelt es sich bei diesem ÖG-Konzept um einen ethischen Maßstab, der eine rationale Bewertung erlaubt, welche gesellschaftlichen und kulturellen Ungleichheiten als unfair zu gelten haben und daher abzulehnen sind.

Eine bessere Verknüpfung von Umwelt- und Sozialberichterstattung setzt folglich voraus, dass die Externalisierungstatbestände und -gründe in die Berichtssysteme Eingang finden. Eine der vom Wuppertal Institut im Rahmen der Vorbereitung des Fachgesprächs erarbeiteten Sondierungsstudien besteht in einer Analyse, welche Anknüpfungsmöglichkeiten in diversen Berichtssystemen vorhanden sind, die einen einschlägigen Ausbau der Indikatoren und erfassten Daten erlauben.

Im Dialog beim Fachgespräch drängte sich als zentrale Frage in den Vordergrund, wie ökologische und soziale Gerechtigkeitsbegriffe gegenwärtig empirisch, d. h. im Bewusstsein der Bevölkerung zusammenhängen. Dabei zeigte sich erneut, dass der Sozialbereich - hier: die zurzeit international einen gewaltigen Aufschwung erlebende empirische Gerechtigkeitsforschung - der Umweltproblematik sowie den Nachhaltigkeitsthemen doch noch mit einer gewissen Ratlosigkeit gegenübersteht, was die (möglichen) Implikationen für die eigene Arbeit betrifft.

Dieses Nebeneinanderher der Berichtssysteme und Forschungsstrategien bedeutet allerdings nicht, dass tatsächlich unterschiedliche Problemsichten und Gegenwartsdeutungen zwischen den verschiedenen Bereichen vorhanden wären. Im Gegenteil: Im Hinblick auf die Einschätzung der gegenwärtig kulturell vorherrschenden Gerechtigkeitsverständnisse bestand eine breite Einigkeit (auch mit dem größten Teil des Publikums) dahingehend, dass mit einer verbreiteten Gegenläufigkeit der ökologischen und sozialen Gerechtigkeitsbegriffe gerechnet werden muss: Dem gemäß wird heute vorrangig nicht die Externalisierung und ihre sozialen wie ökologischen Folgekosten, sondern genau umgekehrt werden vor allem die bei der Internalisierung von Umweltkosten auftretenden Anpassungsnotwendigkeiten als sozial ungerecht bewertet.

Wer sich beispielsweise als Autofahrer an den "externen Kosten des Verkehrs" beteiligen soll, wird heute oft konstatieren, dass den sozial Bessergestellten die damit verbundene (neue) Verpflichtung (Stichwort "Ökosteuer") in der Regel

⁴ Dabei wird ein Verständnis von Gerechtigkeit verwendet, welches einerseits auf das vertragstheoretische Begründungsmodell (v. a. bei J. Rawls) und andererseits auf das Konzept der "Verwirklichungschancen" ("capabilities" bei A. Sen) aufbaut. Dieses liegt auch der deutschen Armuts- und Reichtumsberichterstattung zugrunde sowie neueren UNESCO-Programmen zur entwicklungsorientierten Kulturpolitik.

sehr viel leichter fällt. Das muss im Übrigen in keinerlei Widerspruch stehen zu umweltökonomischen Betrachtungen, die im Hinblick auf die jeweiligen Maßnahmen - bei einem einschlägig angepassten Verhalten - nur geringe Belastungen für Normal- und Geringverdiener errechnen. Denn erstens kommt es immer auf die realen Budgets an und auf die realen (lebensweltlichen) Selbstentfaltungschancen, welche von diesen eröffnet oder verhindert werden - und da können kleine Änderungen in kleinen Budgets viel größere Wirkungen zeitigen als rechnerisch größere Belastungen in größeren Budgets. Zweitens ist die kulturelle Logik des Konsums zu beachten, welche mit dessen Symbolwerten zu tun hat - und da geht es oft ganz zentral um Teilnahme- und Teilhabechancen, und deren Senkung (z. B. durch den erzwungenen Umstieg auf ein als nicht "sportlich" geltendes Auto) kann die Erfahrung einer kulturellen Abwertung hervorrufen.

Resümee: Einigkeit in der Diskussion beim Fachgespräch bestand dahingehend, dass diese Problematik nur durch eine grundlegende Verbesserung der öffentlichen Kommunikation im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit sinnvoll bewältigt werden kann. Von Seiten der in den Sozialwissenschaften eine immer größere Bedeutsamkeit gewinnenden empirischen Gerechtigkeitsforschung wurde allerdings mehrfach betont, dass im Grunde nur sehr wenig empirisches Wissen vorhanden sei darüber, wie die Menschen die Zusammenhänge zwischen Ökologie und Gerechtigkeit sehen würden. Aber eben die hier verbreiteten Vorstellungen (Werthaltungen, Situationsdeutungen) seien grundlegend dafür, was als "unfaire" Verantwortungsabwälzung angesehen würde. Da aber diese Diskussion einerseits im Bereich von Umwelt/Nachhaltigkeit sehr unterwickelt, andererseits aber das Nachhaltigkeitsleitbild sehr stark von Gerechtigkeitsaspekten geprägt sei, ergebe sich immer wieder der - ja auch in den Repräsentativumfragen zum Umweltbewusstsein immer wieder bestätigte - Eindruck der "Abgehobenheit" dieses Leitbildes und der mit ihm verbundenen Forderungen und Politiken.

4 Schlussfolgerungen: "Welchen konkreten Beitrag können Umwelt- und Sozialpolitik für eine gerechte Gesellschaftspolitik leisten?"

In einer abschließenden Podiumsdiskussion unter diesem Titel erörterten Vertreterinnen und Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Akteure (Kirchen, Gewerkschaften, Wissenschaft, Umweltverbände) die Chancen, wie der mit dem Fachgespräch (und den es vorbereitenden Projektarbeiten) begonnene Brückenschlag fortgeführt und konsolidiert werden könnte.

Zunächst wiesen die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer in kurzen Statements auf ihre eigenen aktuellen Arbeitsschwerpunkte hin und erläuterten, wie sie dort die Erfahrungen aus dem Fachgespräch einzubringen versuchen werden. Dabei zeigten sich vielfältige Anknüpfungspunkte (Entwicklung integrativer Nachhaltigkeitsindikatoren auf regionaler Ebene, Suche nach neuen Maßstäben in der Lebensqualitätsdiskussion, Ausweitung der Wissenschaft auf Präventions-

forschung, Öffnung der Arbeit in Umweltverbänden für Fragen sozialer Gerechtigkeit) sowie ein großes Interesse bezüglich der weiteren (Zusammen-) Arbeit in diesem Themenfeld.

Ein Grundkonsens bestand hinsichtlich folgender allgemeiner Schlussfolgerungen:

- Die Wissenschaft könne und solle sich bereits jetzt darauf vorbereiten, dass in der Politik schon bald ein plötzliches und breites Interesse am Thema "ökologische Gerechtigkeit" aufkommen könne. Da die Kosten für Energie oder Mobilität noch stark steigen würden, und weiterhin in der Bevölkerung Verteuerungen als (sozial) ungerecht wahrgenommen werden, sei es dringend nötig rechtzeitig deutlich zu machen, welche (freilich nicht so leicht sichtbaren) Ungerechtigkeiten ein Handeln impliziert, das Verantwortungsexternalisierung - und damit Kostenabwälzung - in Kauf nimmt.
- Die Umweltpolitik wirke zumindest in Teilen auch als präventive Sozialpolitik, denn sie könne in erheblichem Umfang Armutsrisiken bekämpfen, da diese sehr oft durch ein fehlgeleitetes Konsumverhalten entstehen. Manche umwelt- und nachhaltigkeitpolitischen Programmpunkte - z. B. Nutzen statt Besitzen, die Förderung der Sanierung von Altbauten und Stadtkernen anstatt Förderung der Zersiedelung, Gemeinschaftswohnformen und Verkehr im Umweltverbund (Fuß, Rad und ÖPNV) - hätten ganz konkrete sozialpolitische Bedeutung. Zu prüfen sei allerdings, ob auch bei den umweltbezogenen Subventionen eine Ungleichverteilung auftrete.
- In allen genannten Bereichen sei aber nicht eine formale Gleichverteilung anzustreben, sondern vor allem die Teilhabegerechtigkeit zu sichern. Zu dieser gehören auf jeden Fall hinreichende Mitwirkungs- und Mitgestaltungschancen für die Beteiligten/Betroffenen.
- Einigkeit bestand auch dahingehend, dass eine auf Integration angelegte Umwelt- und Sozialpolitik eine Reform der einschlägigen Berichterstattung erfordere. Es sei wichtig, die Dinge (er)fassbar zu machen und zwar im Hinblick auf das, was ist und das, was werden kann und soll. Indikatoren müssten selber einen Symbolwert haben.
- Vom Versuch einer Institutionalisierung der Themenintegration von Umwelt und Gerechtigkeit (z. B. durch die Etablierung eines einschlägigen Rates) wurde überwiegend abgeraten. Vielmehr sei der thematische Brückenschlag zwischen den bestehenden Institutionen erforderlich.
- Außerdem war man sich einig, dass auch ohne eine wirklich befriedigende Datenlage bereits gehandelt werden müsse, selbst wenn manche Zusammenhänge noch nicht genau bekannt und erforscht sind. Das sei schon gemäß dem Vorsorgeprinzip erforderlich.

Auf folgenden Handlungsebenen, so ergab die Diskussion, liegen strategische Ansatzpunkte für Maßnahmen zur Gewährleistung ökologischer Gerechtigkeit:

- Verringerung von Armutsrisiken durch eine fortschrittliche Umweltpolitik (z.B. Verringerung der Armutsrisiken Krankheit/Arbeitslosigkeit durch Senkung umweltbedingter Gesundheitsschäden, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Umweltschutz, Vermeidung von Vermögensverlusten durch einen vorsorgenden Hochwasserschutz);
- Verbesserung der Nachhaltigkeitskommunikation mittels Aufzeigen (möglicher) positiver Synergien zwischen Umwelt- sowie Sozialpolitik;
- stärkere Berücksichtigung sozialer Fragen bei der Gestaltung umweltpolitischer Instrumente;
- Verbesserung der empirisch-wissenschaftlichen Grundlagen (Methodenkonvention "Schätzung der externen Umweltkosten", Integration von Umweltaspekten in die Sozialberichterstattung, Integration von Fragen der sozialen Gerechtigkeit in die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, verstärkte Analyse der Rolle sozialer Faktoren für die Entstehung von Umweltproblemen sowie der Verteilungswirkungen der Umweltpolitik).

Es bestand weiterhin ein breiter Konsens dahingehend, dass für die Bearbeitung dieser Fragestellungen eine breite Mitwirkung der wichtigen gesellschaftlichen Akteure unabdingbar ist. Dazu wurden erste Initiativen bereits im Umfeld des Fachgesprächs gestartet oder weitergeführt.⁵

⁵ So wird beispielsweise im mittlerweile bereits erschienenen Überblick über die "Beiträge der Gewerkschaften zu einer innovationsorientierten Umweltpolitik" das im Fachgespräch erarbeitete Konzept von ökologischer Gerechtigkeit aufgenommen und akteursbezogen weiterentwickelt (vgl. UBA-Texte 33/2007 unter www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3292.pdf)